

Ärzte fordern einen Sitz im Spitalrat

Fortsetzung von Seite 1

... Schaffhausen wollen eine qualitativ gute Behandlung», sagt Bösch.

Dass der Unmut in der Ärzteschaft breit abgestützt ist, zeigt auch das Zustandekommen der jüngsten Wortmeldung: Anlässlich der Versammlung der Ärztegesellschaft vom Donnerstag, an der rund 80 Personen teilnahmen – darunter auch aktive und ehemalige Chefärzte –, wurde die Stellungnahme ohne Gegenstimme beschlossen.

Ärzteschaft mitwählen lassen

Gewählt werden die Mitglieder des Spitalrates vom Regierungsrat, vorgeschlagen werden die Kandidaten aber von der Gesundheitskommission (GK) des Kantonsrates. Offenbar im Hinblick auf den Unmut in der Ärzteschaft hat die Gesundheitskommission in einem Postulat vorgeschlagen, einen Beirat zu schaffen: In diesem neuen Gremium hätte die Kommunikation zwischen Spitalräten und Ärzteschaft erfolgen sollen. Diesem Vorschlag stehen die niedergelassenen Ärzte aber sehr skeptisch gegenüber, «am Ende haben wir ein Gremium mehr, in dem diskutiert wird, während die Weichen unabhängig davon im Spitalrat gestellt werden», sagt Funke. Stattdessen wäre ein geändertes Wahlverfahren denkbar: «Man müsste ein Wahlgremium schaffen, bei dem unter anderem die Ärzteschaft mit Vertretern des Spitals und der Grundversorger eine Stimme hätten.»

«Nehme die Hausärzte ernst!»

In der Regierung verantwortlich für das Ressort Gesundheit ist Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf, die Vorsteherin des Departements des Innern. Auf die Stellungnahme der Hausärzte angesprochen, hält sie als Erstes fest, dass die GK des Kantonsrats, gestützt auf das Spitalgesetz, der Regierung Vorschläge zur Wahl des Spitalrats mache. Die Kommission war sich einig, dass es einen ärztlichen Vertreter im Spitalrat braucht; das müsse aber nicht unbedingt ein Schaffhauser Hausarzt sein. «Es gab in diesem Bereich drei valable Kandidaten, und es wurde über den Kandidaten der Schaffhauser Hausärzte intensiv diskutiert. Die GK hat dann in einem ordentlichen Verfahren den Bewerber, der mit Blick auf die Aufgaben eines Spitalrates die besten Voraussetzungen mitbrachte, ausgewählt, der dann auch von der Regierung gewählt wurde», erklärte Hafner-Wipf gegenüber den SN. Bei der Wahl des Ärztesvertreters, so Hafner-Wipf weiter, würden nicht nur die ärztlichen Aspekte, sondern zunehmend auch die wirtschaftlichen eine wichtige Rolle spielen. Nicht gelten lässt Hafner-Wipf den Vorwurf, die Hausärzte seien nicht echte Partner im Gesundheitswesen: «Ich treffe mich, zusammen mit dem Präsidenten des Spitalrats und dem Spitaldirektor, regelmässig mit den Präsidenten der beiden Hausarztvereinigungen. Dabei diskutieren wir jeweils aktuelle Fragen.» Zudem würde sie sich persönlich zusätzlich mit den Hausarztvertretern besprechen. «Ich nehme die Anliegen der Hausärzte sehr ernst», betonte Hafner-Wipf. Zur Kritik der Hausärzte am Wahlverfahren für den Spitalrat wies Hafner-Wipf darauf hin, dieses sei im Gesetz festgelegt. «Ich möchte die Ärzte bitten, ihre Kritik zu präzisieren. Und falls es konkrete Gründe für eine Änderung des Wahlverfahrens gibt, müsste man das Gesetz entsprechend ändern.»

Polizeimeldungen

Mit 141 Sachen über die A4

Ein deutscher Autofahrer ist gestern in einer Geschwindigkeitskontrolle der Schaffhauser Polizei hängen geblieben – er hatte auf der A4 zwischen Schaffhausen und Barga statt der erlaubten 100 km/h satte 141 km/h auf dem Tacho. Er musste sein Auto stehen lassen und ist seinen Führerschein los. (r.)

Eisenbibliothek Technikhistoriker treffen sich im Paradies



«Wissensformen der Technik» lautet das Thema der 36. Technikgeschichtlichen Tagung in der Eisenbibliothek, die heute Samstag zu Ende geht. Das Treffen ist aus der internationalen Agenda der Technikgeschichte längst nicht mehr wegzudenken. Erneut strömten rund 50 Wissenschaftler aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und diesmal auch aus den Niederlanden und Grossbritannien nach Schlatt, um sich weiterzubilden, auszutauschen, zu vernetzen und, manch einer gibt dies gerne zu, in paradiesischer Umgebung die Gastfreundschaft der Stiftung Eisenbibliothek zu geniessen. Damit decken sich aber die Interessen der Teil-

nehmer mit jenen der Organisatoren, allen voran Yves Serra (2. v. r.), CEO Georg Fischer und Präsident der Eisenbibliothek, der die Veranstaltung eröffnete. Franziska Eggmann freute sich als neue Leiterin der Eisenbibliothek über den reibungslosen Ablauf der ersten acht Vorträge, kein Wunder, konnte sie dabei doch auf die Moderationserfahrung der Länderverantwortlichen Prof. Friedrich Steinle (r.) aus Berlin und Prof. Reinhold Reith (l.) aus Salzburg vertrauen – der Luzerner Kilian T. Elsäasser (2. v. l.) moderiert heute Samstag. Wie immer rundete eine Exkursion den ersten Tag ab: diesmal ins Familienmuseum Moser auf Charlottenfels. Bild Selwyn Hoffmann

Familien werden zur Kasse gebeten

Wird die Familien-Initiative angenommen, streicht der Kanton die heutigen Steuerabzüge für Familien zusammen oder erhöht die Steuern.

VON ZENO GEISSELER

Die Familien-Initiative, über die am 24. November abgestimmt wird, brächte dem Kanton Schaffhausen und seinen Gemeinden Steuerausfälle von rund 12 Millionen Franken. Dies hatte die Regierung in ihrer Stellungnahme zur Vorlage geschrieben (siehe SN vom 5. November). Bereits damals schrieb der Regierungsrat, wo er diese Ausfälle kompensieren würde: bei den heute gültigen Abzügen für Familien mit Kindern. In einer Antwort auf eine Kleine

Anfrage von Werner Bächtold (SP, Neuhausen) hat der Regierungsrat diese Pläne nun konkretisiert.

Heute können Fremdbetreuungskosten von jährlich 9400 Franken von den Steuern abgezogen werden. Dies sei künftig nicht mehr tragbar. «Um die Volksinitiative kostenneutral umsetzen zu können, müssten die Abzüge der Fremdbetreuungskosten stark reduziert werden», schreibt der Regierungsrat. Familien, die schon jetzt ihre Kinder fremdbetreuen liessen, hätten das Nachsehen, heisst es weiter, denn sie würden auf den Kosten sitzen bleiben, könnten diese aber nicht mehr abziehen.

Während diese Massnahme nur einen Teil der Familien betrifft, nämlich diejenigen, welche ihre Kinder zum Beispiel in die Obhut etwa einer Krippe geben, würde eine zweite Massnahme alle Familien treffen. Der Regierungs-

rat schlägt vor, auch die allgemeinen Kinderabzüge zu reduzieren. Heute können pro Kind 8000 Franken abgezogen werden.

Um welchen Betrag die Fremdbetreuungs- und Kinderabzüge reduziert werden sollen, schreibt die Regierung in ihrer Antwort nicht. Entscheiden würde aber so oder so nicht die Regierung, sondern der Kantonsrat, weil die entsprechenden Steuergesetze angepasst werden müssten.

Und was passiert, wenn dieser die Änderungen ablehnt? «Dann», schreibt die Regierung, «wären Steuererhöhungen sowohl auf Kantons- als auch auf Gemeindeebene unumgänglich.»

Weitere kritische Fragen

Zur Familien-Initiative wird sich die Regierung auch noch im Rahmen einer weiteren Kleinen Anfrage befassen müssen. Mariano Fioretti (SVP,

Am Montag im Kantonsrat Generationenfonds und Verkehrschaos

Mit verschiedenen persönlichen Vorstössen zu brisanten Themen muss sich der Kantonsrat an seiner Sitzung vom Montag befassen. So will Till Aders (AL, Schaffhausen) mit seiner Motion erreichen, dass in Zukunft Mitglieder des Obergerichts keine politische Tätigkeit ausüben dürfen. Er hat dabei Oberrichterin Cornelia Stamm Hurter im Visier, die auch für die SVP im Grossstadtrat sitzt. Neue einmalige Ausgaben von mehr als 1 Million Franken und neue jährliche wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 000 Franken aus dem Generationenfonds sollen in Zukunft vom Kantonsrat ausserhalb des Budgets genehmigt werden müssen. Das fordert Christian Ritzmann (JSVP, Schaffhausen), der dem Rat nicht mehr angehört, in einer Motion. Auslöser für die Motion war ein Beitrag des Kantons aus dem Generationenfonds an die Veranstaltungshalle Stahlgiesserei. Mit einer Interpellation bringen die Neuhauser Kantonsräte das Verkehrschaos in ihrer Gemeinde aufs Tapet und verlangen dazu Auskünfte vom Regierungsrat. Angeführt wird die Traktandenliste von einem ungewöhnlichen Begnadigungsgesuch, das vom Ratsbüro befürwortet wird. Die Sitzung in der Rathauslaube ist wie immer öffentlich. (ek)

Schaffhausen) kritisiert, die Stellungnahme der Regierung zur Initiative sei «nicht besonders ausgewogen» gewesen. So seien die Kantone in der Umsetzung der Fremdbetreuungsabzüge frei; die Regierung könne die Vorlage auch kostenneutral umsetzen. Dazu stellt Fioretti mehrere Fragen. Unter anderem will er wissen, warum die Regierung nur eine Umsetzungsvariante erwähnt habe und andere Möglichkeiten verschweige.

Fioretti will zudem wissen, woraus der Regierungsrat seinen «extremen Handlungsbedarf für eine Kommunikation» bei dieser Initiative ableite, zumal keine Steuerausfälle drohten. Schliesslich fragt er, auf welche Einkommensklassen sich die heutigen Vergünstigungen durch den Fremdbetreuungsabzug im Kanton Schaffhausen eigentlich verteilen, und verlangt dazu eine Tabelle.

ANZEIGE

Profitieren leicht gemacht.
UBS Festhypothek
«10 für 8».

Finanzieren ist unser Handwerk seit 1862.

Mit einer UBS Festhypothek «10 für 8» bieten wir Ihnen eine Festhypothek auf 10 Jahre zum Preis einer 8-jährigen. So profitieren Sie gleich doppelt: Sie sichern sich langfristig die aktuell günstigen Zinsen – und das zu Vorzugskonditionen. Angebot gültig bis 29.11.2013.

Jetzt Offerte anfordern:
www.ubs.com/hypothecken
oder Telefon 0800 868 402

Wir werden nicht ruhen UBS

A1352374

Steuererhöhungen immer vors Volk

Jungfreisinnige starten eine Initiative für mehr Mitbestimmung des Volkes bei den Steuern.

VON ERWIN KÜNZLI

Die Jungfreisinnigen wollen der Regierung in Sachen Kantonsfinanzen Druck aufsetzen: Damit die Regierung die drohenden Defizite nicht einfach nur durch Steuererhöhungen beseitigen, wollen sie, dass bei jeder Steuererhöhung das Volk obligatorisch das letzte Wort hat. Sie lancierten deshalb gestern eine Volksinitiative mit dem Titel «Steuererhöhungen vors Volk». Diese fordert, dass die Kantonsverfassung wie folgt geändert wird: «Die Stimmberechtigten entscheiden obligatorisch über Voranschlag und Steuerfuss bei einer Erhöhung des Steuerfusses.» Bei einer Senkung des Steuerfusses soll die Volksabstimmung fakultativ sein.

Als Begründung für die Initiative erklärte JF-Präsident und -Kantonsrat Marcel Montanari, es müssten jetzt die Weichen gestellt werden, damit «die Politiker nicht im Alleingang die Steuern jeweils in kleinen Schritten erhöhen», denn «eine Steuererhöhung nützt letztlich der Bevölkerung nicht, sondern schadet.» JF-Vizepräsident Alain Illi führte die «explodierenden Aus-

gaben» beim Kanton ins Feld: In den letzten zehn Jahren sei der Ertrag um 133 Millionen, die Ausgaben aber um 169 Millionen Franken gestiegen. Die Ausgaben würden mit einer Steigerung von 3 bis 3,5 Prozent jährlich über dem schweizerischen Mittel von 2,5 Prozent liegen. Eine Steuererhöhung wäre schnell wieder durch das Aus-

gabenwachstum hinfällig und deshalb eine «Nebelpetarde». Für JF-Grossstadtrat Res Hauser ist der Zustand, dass das Parlament allein über Steuererhöhungen entscheide, «nicht tragbar». Und laut Stefan Kübler brauche das Volk die Initiative, «um wieder die alleinige Herrschaft über sein Portemonnaie zu erlangen».



Stellten ihre Initiative «Steuererhöhungen vors Volk» vor: Die Jungfreisinnigen Marcel Montanari (links) und Alain Illi. Bild Ursina Storrer

© UBS 2013. Alle Rechte vorbehalten.